



„Damit wurde der krisengeschüttelten Automobilwirtschaft mit ihren 1,3 Millionen Beschäftigten ein Bärendienst erwiesen.“

Jürgen Karpinski, Zentralverband des Deutschen Kraftfahrzeuggewerbes, zum Konjunkturpaket. Foto: ZDK



Die Lauda-Belegschaft (l.) ging zuletzt für eine KV-Einigung auf die Straße, das AUA-Personal muss weiterhin auf Staatshilfen warten.



Fotos: APA

## AUA-Hilfen und Lauda-KV hängen in der Warteschleife

Im Juli hebt die AUA auch nach Übersee ab, ein Treffen zwischen Lufthansa und Kanzler platzte. Auch der Lauda-KV ist noch nicht fixiert.

Wien – Bei möglichen Staatshilfen für die wegen des verordneten Corona-Totalstillstands in Turbulenzen geratene AUA liegt noch einiges im Dunklen. Dafür werden die Flugpläne der Austrian Airlines nach und nach konkreter. Ab Juli hebt die AUA wieder zu Interkontinentalflügen ab, vorerst nach Bangkok, Chicago, New York und Washington, gab die Fluglinie gestern bekannt. Die gute Nachfrage erlaube es, das Angebot weiter hochzufahren, erklärte AUA-Vorstand Andreas Otto. Auch in Europa kommen weitere Destinationen zu den bereits verkündeten knapp 40 Zielen hinzu. Nach Griechenland sind zudem mehrere Urlaubsscharter geplant. Damit steige das Angebot im Juli, vorbehaltlich neuer behördlicher Beschränkungen, von 5 auf 20 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Der

Flugplan für August werde gerade ausgearbeitet und soll demnächst bekannt gegeben werden.

Rund um Staatshilfen im Ausmaß mehrerer hundert Millionen Euro bleibt die AUA dagegen in der Warteschleife hängen. Nachdem die deutsche Regierung für die AUA-Mutter Lufthansa jüngst ein Hilfspaket samt Staatsbeteiligung geschnürt hatte, ging Lufthansa-Chef Carsten Spohr von einer Staatshilfe-Zusage aus Wien noch diese Woche aus. Spohr hatte zudem in einer Telefonkonferenz von einem Treffen mit Kanzler Sebastian Kurz am gestrigen Donnerstag gesprochen, das aber offenbar doch nicht stattfand. Das Kanzleramt lehnte einen Kommentar ab. Bei der AUA-Staatshilfe dürfte sich ein Durchbruch damit verzögern, wohl bis nächste Woche.

In der Warteschleife hängt nach dem Streit um einen neuen Kollektivvertrag (KV) mit geringeren Löhnen auch Laudamotion. Die Ryanair-Tochter will die Mitarbeiter über den zwischen der Gewerkschaft vda und der Wirtschaftskammer ausverhandelten Kollektivvertrag abstimmen lassen. Man werde die in der Nacht auf Donnerstag vereinbarten Gehaltsänderungen in den KV einarbeiten, diesen der vda zur Unterschrift und dann den Mitarbeitern zur Abstimmung vorlegen, erklärte die Lauda-Führung.

Flugbegleiter sollen demnach 14-mal im Jahr mindestens 1440 Euro brutto ausbezahlt bekommen, die Kapitäne zugunsten der Kopiloten um 300 Euro brutto im Monat weniger erhalten. Die Sozialpartner hielten darüber hinaus fest, dass allfällige ge-

setzwidrige Regelungen des KV als nicht vereinbart gelten.

Der von den Lauda-Chefs ursprünglich vorgeschlagene KV enthält mehrere strittige Klauseln, die unter anderem die Dienstzeiten betreffen. Ob das Unternehmen diese Punkte – wie von den Sozialpartnern vereinbart – nun streicht, geht aus einem Schreiben an die Mitarbeiter nicht hervor.

Auch die Billigfluglinie Ryanair selbst muss dem KV noch zustimmen. Ryanair war im Finale der Verhandlungen nicht mehr am dabei. Eine für gestern geplante virtuelle Pressekonzferenz verschob Ryanair ohne Angabe von Gründen kurzfristig auf nächste Woche. Ryanair droht im Fall des Scheiterns der Verhandlungen, die Lauda-Basis in Wien mit rund 500 Mitarbeitern zu schließen und ab Juli selbst ab Wien zu fliegen. (TT, APA)

## AK fordert Flug-Mindestpreise

Wien – Das Gezerre um Laudamotion als Österreich-Ableger des irischen Billigfliegers Ryanair und dort anstehende Kürzungen der Personalkosten hat Arbeiterkammer-Präsidentin Renate Anderl heute zum Anlass genommen, Mindestpreise für Flugtickets vorzuschlagen. „Beim brutalen Preiskampf im Flugverkehr dürfen die Beschäftigten nicht auf der Strecke bleiben. Löhne, von denen man leben kann, müssen möglich sein.“

Auch die Regierung müsse jetzt ihren Teil dazu beitragen: „Mindest-Ticketpreise müssen sicherstellen, dass der Preiskampf nach unten eine klare Grenze hat“, so Anderl. Den nun von der Ge-



Die AK will den brutalen Flug-Preiskampf eindämmen.

Foto: Böhm

werkschaft vda und der Wirtschaftskammer vorgelegten und zur Abstimmung in der Lauda-Belegschaft anstehenden Krisen-Kollektivvertrag für die 500 Laudamotion-Beschäftigten bezeichnete Anderl als „fairen“ Lösungsvor-

schlag, der Respekt verdiene.

Die Umweltschutzorganisation Greenpeace fordert klare Klimaschutz-Regeln für die Flugbranche. „Wir brauchen in der Flugindustrie endlich klare Spielregeln für Klimaschutz. Die Branche

muss sich voll und ganz dem 1,5-Grad-Klimaschutzziel verschreiben. Dazu gehört etwa, auf Kurzstreckenflüge zu verzichten“, fordert Adam Pawloff von Greenpeace Österreich. In Österreich und Europa fordert die Umweltschutzorganisation ein Aus für Kurzstreckenflüge, wenn alternativ Bahn- oder Busverbindungen unter sechs Stunden Fahrzeit oder direkte Nachtverbindungen vorhanden sind. Für betroffene Mitarbeiter müsse es dann Umschulungen geben.

Auch der Plan, eine dritte Start- und Landepiste am Flughafen Wien-Schwechat zu bauen, müsse vom Tisch, so Greenpeace. (TT, APA)

## Vertrauen in Banken sinkt laut Studie

Der neueste Private-Banking-Report der Liechtensteiner Privatbank LGT ortet bei den Anlegern ein sinkendes Vertrauen.

Wien – Bereits die Finanzkrise 2008 hat eine kritischere Haltung gegenüber Banken und Kundenberatern ausgelöst. Das sagt laut Liechtensteiner Privatbank LGT die Mehrheit (65 Prozent) der 358 Befragten, welche die Pleite der Lehman Brothers und die heftigen Folgen als Anleger in Österreich, Deutschland und der Schweiz erlebt haben. In der heurigen Corona-Krise seien das Vertrauen und die Zufriedenheit mit den Banken „erneut auf eine Probe gestellt worden“, heißt es im aktuellen Private-Banking-Report, der von der LGT und der Johannes-Kepler-Universität Linz erstellt wurde.

Bei 60 Prozent jener Private-Banking-Kunden, die ihre Anlageentscheidungen selbstständig treffen, habe sich die Zufriedenheit mit der Bank und dem Berater von Jänner bis April 2020 „signifikant verschlechtert“, heißt es in der Studie, in der das Anlageverhalten vermögender Kunden in Österreich, Deutschland und der Schweiz untersucht wurde. Bemerkenswert ist laut LGT, dass sich der Anteil dieser „Soloisten“ seit 2010 von 37 auf 41 Prozent erhöht hat.

„Die aus der Krisenerfahrung resultierende kritischere Haltung hat dazu geführt, dass sich dieser Teil der Anleger komplett von den Banken abgewendet hat und Anlageentscheidungen heute autonom trifft. Dieser Trend scheint irreversibel“, so Studienleiter Teodoro D. Cocca von der Johannes-Kepler-Universität in Linz. 80 Prozent der Befragten erlebten die Finanzkrise 2008 als Anleger mit und rund die Hälfte von ihnen hat sie als

„einschneidendes Ereignis“ empfunden. Seither meiden 63 Prozent der Befragten, die die Finanzkrise als Investoren miterlebt haben, Anlagen, die sie nicht verstehen. 60 Prozent würden ihre Entscheidungen verstärkt auf der Basis von Fakten treffen. Ebenso viele gaben an, seither vorsichtiger geworden zu sein. 52 Prozent gestalten ihr Portfolio konservativer, um weniger Risiken einzugehen.

„Es scheint also, dass vermögende Private-Banking-Kunden Anlageentscheidungen heute tendenziell eher rationaler treffen als noch vor zehn Jahren“, hieß es seitens

„Die kritischere Haltung hat dazu geführt, dass sich ein Teil der Anleger von den Banken abgewendet hat.“

Studienleiter Teodoro D. Cocca

der LGT. Auch die Corona-Krise stütze diese These. Die befragten Anleger in der Schweiz hätten beispielsweise die Nerven behalten. Nur die Hälfte habe zwischen Mitte Februar und Ende April 2020 Veränderungen im eigenen Anlageportfolio vorgenommen und dabei mehrheitlich günstige Kurse für Aktienkäufe genutzt.

Negativereignisse wie die Krisen 2008 und 2020 wecken durchaus Ängste und lösen immer eine kurzzeitige Flucht in Cash oder Gold aus. Die entsprechenden Quoten im Anlagen-Mix werden dann laut Studie erhöht. Auf der Suche nach (höheren) Renditen wird der (risikoreichere) Aktienanteil danach aber auch immer wieder hochgefahren. (APA)



Die kritische Haltung gegenüber Bankberatung hat laut einer neuen Befragung zugenommen.

Foto: iStock/Rosshelen